

# Den Menschen mehr

Ansätze einer mobilisierenden Regionalpolitik zur Bekämpfung

FR-Dokumentation

FRANKFURT A. M., 15. Februar (D). In London wird seit 1981 versucht, durch dezentrale Strukturpolitik Arbeitslosigkeit abzubauen. Die FR dokumentiert auszugsweise die von Edgar Einemann und Edo Lübbing unter dem Titel „Politische Alternativen in London“ herausgegebene Beschreibung dieses Modellversuchs.

## Einfluß auf ihr eigenes Leben geben

der Arbeitslosigkeit in London / Auszüge aus der Beschreibung eines Modellversuchs

Die Londoner Stadtregierung geht seit dem Wahlsieg der Labour-Party im Jahr 1981 neue Wege: Mit dem Versuch, eine konsequente, dezentrale Strukturpolitik zu betreiben, versucht man derzeit, einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen zu leisten. Dazu gehört einerseits der Einsatz großer Geldsummen, andererseits aber vor allem die Mobilisierung der Fähigkeiten und des guten Willens der Bevölkerung in den Betrieben, Stadtteilen, Dienstleistungsbereichen und in Ausbildung und Wissenschaft. Die FR veröffentlicht heute auszugsweise die von Edgar Einemann und Edo Lübbing unter dem Titel „Politische Alternativen in London – Beispielhafte Ansätze einer mobilisierenden Regionalpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ erschienene Beschreibung dieses Modellversuchs, der nach Ansicht der Autoren „durchaus eine Vorbildfunktion für die Bundesrepublik Deutschland haben könnte“.

Groß-London mit ca. 11 Millionen Einwohnern hatte Anfang 1984 ca. 375 000 Arbeitslose; in einzelnen Arbeiterbezirken waren bis zu 30 Prozent der Arbeitswilligen ohne Beschäftigung. Die von konsequenten Sozialisten der Labour-Party getragene Regierung der Stadt London versucht eine Reihe von Konzepten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu realisieren, die zugleich zur fühlbaren Verbesserung der Lebensqualität beitragen sollen. Die Aktivierung der Bevölkerung und die Erhöhung der Kontroll- und Entscheidungsmöglichkeiten der „Basis“ sind ein Kernelement des strategischen Ansatzes. Die Regierung organisiert gezielt die Unterstützung von Belegschafts- und Bürgerinitiativen zur Beeinflussung der Entwicklungsrichtung in der Produktion und in der Kommune unter anderem durch den Aufbau von Beratergruppen und den Einsatz der Erwachsenenbildung, aber auch durch Auflagen an die Unternehmen und die besondere Förderung von Belegschafts-Kooperativen. Die Entwicklung eines „Frühwarn-Systems“ soll sicherstellen, daß gezielte wirtschaftspolitische Eingriffe der Regierung auf der Basis von systematisch gesammelten Informationen und Trendanalysen erfolgen können. Die Notwendigkeit politischer Maßnahmen zur Beeinflussung und Steuerung der wirtschaftlichen Prozesse hat zur Einrichtung einer flexiblen, öffentlich kontrollierten Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung geführt.

### Billige Arbeitsplätze

Die Beteiligung und Übernahme von Unternehmen gehört ebenso zu den Aufgaben dieser Gesellschaft wie zum Beispiel die Beratung bei Sanierungs- und Umstellungsmaßnahmen und die Festlegung von Auflagen an unterstützte Betriebe. Bisher ist es gelungen, in 158 Firmen zu intervenieren und insgesamt 2000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, wobei die Kosten mit DM 28 000 pro Arbeitsplatz weit unter den bei der klassischen Wirtschaftsförderung üblichen Werten liegen.

Darüber hinaus soll die auf schmaler Basis erprobte Kooperation von betrieblichen Arbeitskreisen zur alternativen

Produktion (z. B. bei Lucas Aerospace) und den Hochschulen, vermittelt über das Londoner Institut für Alternative Produktion (CAITS), nun auf eine gesellschaftliche Grundlage gestellt werden. Sogenannte Technologie-Netzwerke sollen Betrieben und Beschäftigten die Nutzung des „Know-how“ der Hochschulen und Universitäten ermöglichen, wobei dezentrale Kooperationsstellen eingerichtet werden. Der kontrollierte Einsatz neuer Technologien soll an die vorhandenen Qualifikationen der Beschäftigten anknüpfen und sie weiterentwickeln anstatt sie zu zerstören (z. B. durch alternative Werkzeugmaschinen) und nicht zu Arbeitsplatzverlusten führen. Die neuen Technologien sollen sich auf den sozialen Bedarf der Bevölkerung beziehen und zur Herstellung sozial nützlicher Produkte (alternative Produktion) beitragen.

Das „Energie-Netzwerk“ hat einen zentralen Stellenwert für die lokale Energiepolitik. Es geht darum, die vorhandenen alternativen Energietechnologien weiterzuentwickeln und Einsatzkonzepte zu erarbeiten, die erste Schritte zur Realisierung einer alternativen Energiepolitik für London darstellen. Auch hierbei geht es um die Verbindung von alternativer Produktion und verbesserten Lebensbedingungen, die sich z. B. in einer ausreichenden Wärmeversorgung der Bevölkerung zu deutlich verringerten Preisen ausdrückt. Allerdings wird immer wieder die unauflösbare Verbindung zur Politik der Zentralregierung deutlich: Der Stopp der Pläne zum Ausbau der Atomenergie ist eine wesentliche Bedingung für die Durchsetzbarkeit einer kostengünstigen dezentralen Kraft-Wärme-Versorgung.

### Sozial nützliche Produkte

Die alternative Strategie der Londoner Bezirksregierung umfaßt darüber hinaus z. B. die Unterstützung von lokalen Kampagnen und Konferenzen zur Rüstungskonversion und den Einsatz von Beratern, die gemeinsam mit Gewerkschaftern und einem universitären Forschungsprojekt an Plänen zur Um-

stellung auf sozial nützliche Produkte arbeiten.

Die Londoner Bezirksregierung hat sich auch kritisch gegen die von der Zentralregierung geplante Verkabelung Londons ausgesprochen und versucht, Bedingungen für den sinnvollen Einsatz der neuen Technologie zu definieren. Der Einsatz von Glasfaserkabel, die Möglichkeit des Dialogs zwischen den Nutzern, die Einflußnahme der Lokalregierungen auf die Programmgestaltung sowie die Information über lokale Probleme und öffentliche Dienstleistungen sind erste Ansatzpunkte zur Verhinderung einer rein kommerziellen Nutzung der neuen Technologie mit allen negativen Konsequenzen für die Menschen.

Der Ansatz der sozialistischen Politik in London geht davon aus, daß die Durchsetzung grundlegender Veränderungen der herrschenden Verhältnisse nur dann möglich ist, wenn die Lohnabhängigen und die Bevölkerung ihre eigenen Interessen aktiv vertreten. Die Stärkung von Belegschafts- und Bürgerinitiativen sowie von Kampagnen ist deshalb ein zentraler Punkt in der Politik der Bezirksregierung. Durch qualifizierte (strategische) Beratung und bescheidene finanzielle Förderungen wird versucht, die kontinuierliche Arbeit von Initiativen zu unterstützen und voranzutreiben und insbesondere den Schritt vom Protest zur Formulierung positiver, eigener Alternativen anzuregen.

Das Projekt für eine „Planung durch die Betroffenen“ (Popular Planning Project) setzt hier an. Außerdem wird die Demokratisierung in den Betrieben durch die Beratung und Betreuung von Belegschaftsinitiativen und die Knüpfung von öffentlichen Hilfen an bestimmte Beteiligungsrechte der Beschäftigten vorangetrieben.

Darüber hinaus ist die besondere Förderung von Belegschafts-Kooperativen und ihre Vernetzung ein Ziel mit besonderer Priorität, weil trotz aller Probleme die Herausbildung eines selbstbestimmten Bereichs für wichtig gehalten wird. Es geht insgesamt um eine stärkere Beteiligung der Menschen an den für ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zentralen politischen Entscheidungen.

Die Grundüberlegung ist, den herrschenden Planungen — deren Opfer die Bevölkerung in der Regel ist — eine Beschäftigten- beziehungsweise Betroffenen-Planung gegenüberzustellen und damit auch die Macht der Spitzenmanager in Unternehmen und Bürokratien anzugreifen. Die Planung durch die einfachen Leute soll deren Zukunftsvisionen konkretisieren helfen und dazu bei-

tragen, den Kampf für die Durchsetzung einer menschlichen Zukunft zu intensivieren. Es geht nicht um die Anregung von Wunschbriefen an den Bürgermeister, sondern um die Initiierung kollektiver Diskussionen, deren praktische Resultate von der sich entwickelnden Organisation und den vorhandenen Ressourcen abhängig sind. Es reicht nicht aus, nur auf herrschende Entscheidungen und Entwicklungen zu reagieren, sondern es müssen positive Pläne für die Zukunft entworfen und unter anderem durch die Zusammenarbeit von Gewerkschafts- und Bürgerinitiativbewegung durchgesetzt werden.

### Popular Planning Project

Ausgehend von der Erkenntnis, daß nur die Initiative und Unterstützung der Bevölkerung und die Mobilisierung ihrer Fähigkeiten und Ideen zum Erfolg führen kann, ist ein „Projekt für Betroffenen-Planung“ (Popular Planning Project) eingerichtet worden. Das Projekt will die Bildungsabteilung der Gewerkschaften, die Arbeiterbildungs-Vereinigung und die Institutionen der Erwachsenenbildung einbeziehen und erreichen, daß lokale Gruppen den lokalen Beschäftigungsbedarf ermitteln: „Das Ziel ist, den Menschen in dieser Region mehr Einflug auf ihr eigenes Leben zu geben.“ Betriebliche und lokale Initiativen zur Förderung der Beschäftigung sollen unterstützt werden — durch materielle Ressourcen, aber vor allem durch Berater und Tutoren mit Erfahrungen in der Erwachsenenbildung. „Jede Gruppe kann etwas zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Dienstleistungen beitragen, die die Menschen in der Region brauchen — das reicht von Gruppen von Jugendlichen bis zu Pensionären, von Gewerkschaftern bis zu Kirchen, von Schülern und Studenten bis hin zu Gruppen aus der Erwachsenenbildung. Unser Job ist, Möglichkeiten zum Studium und für die Forschung bereitzustellen, um Zukunftsvorstellungen mit dem dringenden Bedarf zu verknüpfen und in praktische Pläne umzusetzen, sowie ein Bildungsprogramm zu entwickeln, das den Menschen diese Probleme, die vorhandenen Lösungsvorschläge und die Schritte zur Umwandlung von Vorschlägen in die Realität bewußt macht.“

Zu den Aktivitäten der Erwachsenenbildungseinrichtungen zur Aufklärung, Mobilisierung und Unterstützung von Initiativen gehört zum Beispiel

- die Bereitstellung von Kursen und Tagesveranstaltungen zur Vermittlung von Fähigkeiten zur Bekämpfung von Entlassungen, Aufstellung von Belegschaftsplänen, Gründung und Fortführung einer Kooperative, Analyse der wirklichen finanziellen Lage der Arbeitgeber etc.

- die Unterstützung einer Gruppe von Frauen, die nach der Schließung einer Jeans-Fabrik eine Kooperative gegründet hat und nun Kinderbekleidung für den lokalen Bedarf produziert und verkauft.

- die Hilfe bei der Ausarbeitung von Plänen, wirtschaftlichen und sozialen Argumenten und der Suche nach finanziellen Mitteln.

- die Bereitstellung von Kursen für das Selbst-Management von Kooperativen (Buchhaltung, Marketing und Produktion).

Außerdem könnten Selbstlerngruppen Projekte z. B. zu den Folgen neuer

Technologien und den Arbeitsmöglichkeiten der Menschen in der Kommune bearbeiten.

In einzelnen Stadtteilen werden Veranstaltungsreihen zu interessanten Themen (Welche Chancen bieten neue Technologien? Möglichkeiten und Probleme von Belegschaftsplänen usw.) angeboten und die Bürger nach ihren Fähigkeiten befragt und dann gezielt eingeladen.

Belegschafts-Kooperativen und Produzenten-Genossenschaften haben in Großbritannien eine lange Tradition. Einige Probleme sind allerdings nicht zu übersehen:

- Die Kooperativen können sich i. d. R. nicht aus dem kapitalistischen Markt herauslösen. Sie sind auf den Absatz ihrer Produkte und damit auf eine kostengünstige Produktion angewiesen.

- Die Kooperativen müssen häufig einen hohen Teil des Ertrags ihrer Arbeit in Form von Zinszahlungen an das Geldkapital abführen.

- Die Ausfüllung der durch das Kapital vernachlässigten Produktion durch Kooperativen kann eine Aufsplitterung der Beschäftigten zur Folge haben, wobei ein gewerkschaftlich nicht organisierbarer „zweiter Arbeitsmarkt“ mit stark unterdurchschnittlichen Arbeitsbedingungen und Löhnen entstehen kann.

- Der Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital wird begrenzt und in den Kooperativen möglicherweise eine massive Selbstausbeutung der „Teilbesitzer“ organisiert, zumal die Kapitalausstattung häufig ein Problem ist.

Trotz aller Gefahren unterstützt der Rat der Stadt London aber Belegschafts-Kooperativen in besonderem Maße, weil sie zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen und den Beschäftigten die Kontrolle über ihre Arbeits- und Lebensbedingungen geben. Darin ist ein wichtiger Beitrag zur Demokratisierung der Wirtschaft zu sehen. Es wird der Beweis erbracht, daß zur Organisation der Produktion keine Privatkapitalisten erforderlich sind.

In London wurde eine Beratungsgruppe für Kooperativen gegründet, die mit fünf Mitarbeitern ausgestattet ist und 1983 4 Mio. DM in 36 Projekte investiert hat, die insgesamt 400 Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Prinzipiell unterstützt werden soll sowohl die Neugründung von Kooperativen (die Umwandlung von Privatunternehmen und die Initiative von bisher arbeitslosen Menschen) als auch die Expansion der bestehenden Produzenten-Genossenschaften. Skepsis ist allerdings gegenüber einer bloßen Weiterführung bankrotter Unternehmen vorhanden, weil hier erhebliche Zahlungsverpflichtungen entstehen können; Beteiligungen oder Übernahmen werden in solchen Fällen nur dann unterstützt, wenn einschneidende Umstellungen möglich sind und sich sowohl die Stadt als auch die Gewerkschaften daran beteiligen.

### Gezielte Einkaufs-Politik

Einzelne Kooperativen können mit jährlich bis zu DM 100 000 unterstützt werden. Außerdem sollen zinsgünstige Kredite, Ausbildungsprogramme und eine intensive Beratung (Technologien, Betriebsführung) organisiert werden. Eine wesentliche materielle Förderungsmöglichkeit wird in der gezielten Einkaufs-Politik der öffentlichen Hand gesehen, die sowohl neue Produkte bei Kooperativen bestellen als auch eine

Umleitung der bisher an Privatfirmen vergebenen Aufträge vornehmen kann.

Besonderer Wert wird auf die Vernetzung der unterschiedlichen Kooperativen gelegt, die auch zu einer gemeinsamen Einkaufs- und Verkaufspolitik führen kann. Zur Förderung der direkten Kommunikation untereinander wurde 1984 eine Messe der Kooperativen veranstaltet. Angestrebt wird die Verankerung der in Kooperativen Tätigen in der Gewerkschaftsbewegung, um einer Spaltung der abhängig Beschäftigten vorzubeugen.

Die Überlegung, daß eine wirkungsvolle Bekämpfung von Stilllegungs- und Entlassungsplänen der Unternehmen nur dann möglich ist, wenn rechtzeitig mit der Mobilisierung von Belegschaften und Öffentlichkeit begonnen und an Alternativplänen gearbeitet wird, hat zum Aufbau eines Frühwarn-Systems geführt. Alle Informationen über die Entwicklung einzelner Unternehmen und Branchen sollen zusammengefaßt und insbesondere die von den Beschäftigten wahrnehmbaren Warnsignale berücksichtigt werden. Die Unterstützung der Entwicklung eines gewerkschaftlichen Frühwarnsystems geht davon aus, daß die Vielzahl der aktiven Mitglieder und die Organisation in der Lage sind, scheinbar unwichtige betriebliche Teilinformationen zusammenzufügen und dadurch frühzeitige Hinweise auf bevorstehende Veränderungen zu bekommen.

Der Aufbau eines computerisierten Firmen-Überwachungsnetzes und von gewerkschaftlichen Informations-Zentren soll Daten und Trends zusammenfassen, die ihre Quelle u. a. bei Beschäftigten und Belegschaftsvertretern, Forschungsabteilungen der Gewerkschaften und der öffentlichen Hand, Bibliotheken, Finanz- und Wirtschaftszeitschriften sowie Geschäftsberichten haben. Beim frühzeitigen Erkennen von negativen Entwicklungen sollen die Unterstützungsmöglichkeiten des Rats der Stadt London und seiner wirtschaftspolitischen Instrumente aktiviert werden, die zur Erarbeitung und Durchsetzung von Alternativplänen beitragen und den Kampf der Gewerkschaftsinitiativen unterstützen sollen. Unternehmenshilfen werden an Auflagen, Unternehmenspläne und die Beteiligung der Belegschaften gebunden.

### Kontrolle über die Produktion

Als flexibles wirtschaftspolitisches Instrument der Londoner Regierung wurde eine besondere Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung gegründet, die mit ca. 70 Mitarbeitern und z. Z. mit ca. 150 Mio. DM jährlich ausgestattet ist. Sie wurde als besondere Einrichtung außerhalb der Bürokratie gegründet, weil die Umsetzung des wirtschaftspolitischen Neuansatzes an die Grenzen der eingefahrenen Verwaltungsstrukturen stieß. Der Gesellschaft geht es nicht um die Umverteilung öffentlicher Gelder in unkontrollierbare Unternehmerhände, sondern um die Durchsetzung industriepolitischer Maßnahmen mit dem Ziel der Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen bei gleichzeitiger Ausweitung der demokratischen Kontrolle über die Produktion. Von daher gehört die Übernahme von Unternehmen oder von Unternehmensanteilen sowie die Sanierung und Umstellung von Firmen zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft, die ihre Arbeit nicht — wie es in der Bundesrepublik häufig zu beobachten ist — auf die Förderung von

### Technologie-Netzwerke

Ansiedlungs- und Erweiterungsabsichten der Privatunternehmer beschränkt. Die neue Gesellschaft ist insofern weder ein Instrument der „staatlichen Planwirtschaft“ noch ein „Reparaturbetrieb des Kapitalismus“, als sie versucht, die betroffenen Belegschaften zum Anknüpfungspunkt ihrer Aktivitäten zu machen und diese möglichst weitgehend an den Unternehmen zu beteiligen (größere Anteile oder voll im Besitz der Belegschaften) und somit einen zentralen Beitrag zu einer „Demokratisierung von unten“ zu leisten. Häufig soll schon das bloße Interesse der öffentlich gesteuerten Gesellschaft an Unternehmensübernahmen zu einer Änderung der Konzernpolitik beigetragen haben.

#### Ungenutzte Ressourcen

Die Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung (GLEB) soll „ungenutzte Ressourcen mit dem speziellen Ziel mobilisieren, neue Produkte und Dienstleistungen herauszufinden, die den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen entsprechen und die Kontrolle der Menschen über ihr Arbeitsleben erhöhen“. Der GLEB stellt unter bestimmten Bedingungen Investitionen, materielle Ressourcen, Beratungsdienste und „Know-how“ zur Verfügung, wobei benachteiligte Regionen, die Beschäftigung von Frauen und ethnischen Minderheiten, der sinnvolle Einsatz neuer Technologien und Belegschaftskooperativen besonders unterstützt werden. Für bedrohte oder neu gegründete Unternehmen sollen Investitionspakete unter Einschluß von Grundstücken, Bauten, Geldern sowie technologische und ökonomische Beratung z. B. auf den Gebieten Marketing, Export, Einkauf, Forschung und Entwicklung sowie Finanzen und Produktion zur Verfügung gestellt werden. Investitionsmittel können

in Form von Darlehen, Unterstützungszahlungen, Bürgschaften und auch in Form von Unternehmensbeteiligungen vergeben werden. Die Übernahme von Konkursbetrieben ist ebenfalls vorgesehen.

Zwei besonders wichtige Förderungskriterien sind

— „das Ausmaß, in dem das Projekt neue Formen des sozialen Eigentums enthält, die dazu entwickelt werden, den arbeitenden Menschen mehr Kontrolle über ihre Produktion und den Wirtschaftskreislauf zu geben (z. B. durch kommunale Unternehmen und Arbeiterkooperativen)“, und

— ein gemeinsam mit der Belegschaft entwickelter Unternehmensplan. „Der Plan enthält den strategischen Rahmen für die Zukunft des Unternehmens. Zusätzlich zu der üblichen Geschäftsplanung muß der Plan enthalten: Verpflichtungen in bezug auf die Arbeitsplätze“ sowie Angaben zur „Produkt- und Marktstrategie, zu Zukunftsinvestitionen und zum technologischen Wandel, zur Standortwahl und zur Preispolitik, zum Beschäftigungsniveau und den Beschäftigungsbedingungen, zum Qualifikationsprofil und der Ausbildungspolitik sowie zur Politik der Chancengleichheit“.

Ein Antrag auf Unterstützung (für deren Formulierung auch Hilfen zur Verfügung gestellt werden) sollte enthalten: „Eine Beschreibung des Produkts, der Produktionsmethode, wie und wo es verkauft werden soll, der Marktsituation, der Konkurrenzbedingungen, der Organisationsstruktur sowie die Geschäftsberichte der letzten drei Jahre und eine Finanzerklärung, die die Gewinn- und Verlustrechnungen, die Bilanz und den cash flow umfaßt.“

Zur Aufgabe des GLEB gehört auch der Aufbau von „Technologie-Netzwerken“ in London.

In London werden in fünf Regionen Technologie-Netzwerke um die Technischen Hochschulen aufgebaut. In separaten Gebäuden (damit jedermann angesprochen werden kann und kommt) sollen Vermittlungsinstitutionen entstehen, die Bedürfnisse und Interessen aus der Bevölkerung aufgreifen und in einem gemeinsamen Bearbeitungsprozeß mit Wissenschaftlern bringen — als Vorbild werden die holländischen Wissenschaftsläden erwähnt. Diese Kooperationsstellen sollen im einzelnen enthalten:

— eine Abteilung zur Unterstützung von Unternehmen, die z. B. für Kooperativen Beratungskapazität auf den Gebieten Technik, Produktion, Planung und Marketing bereitstellt.

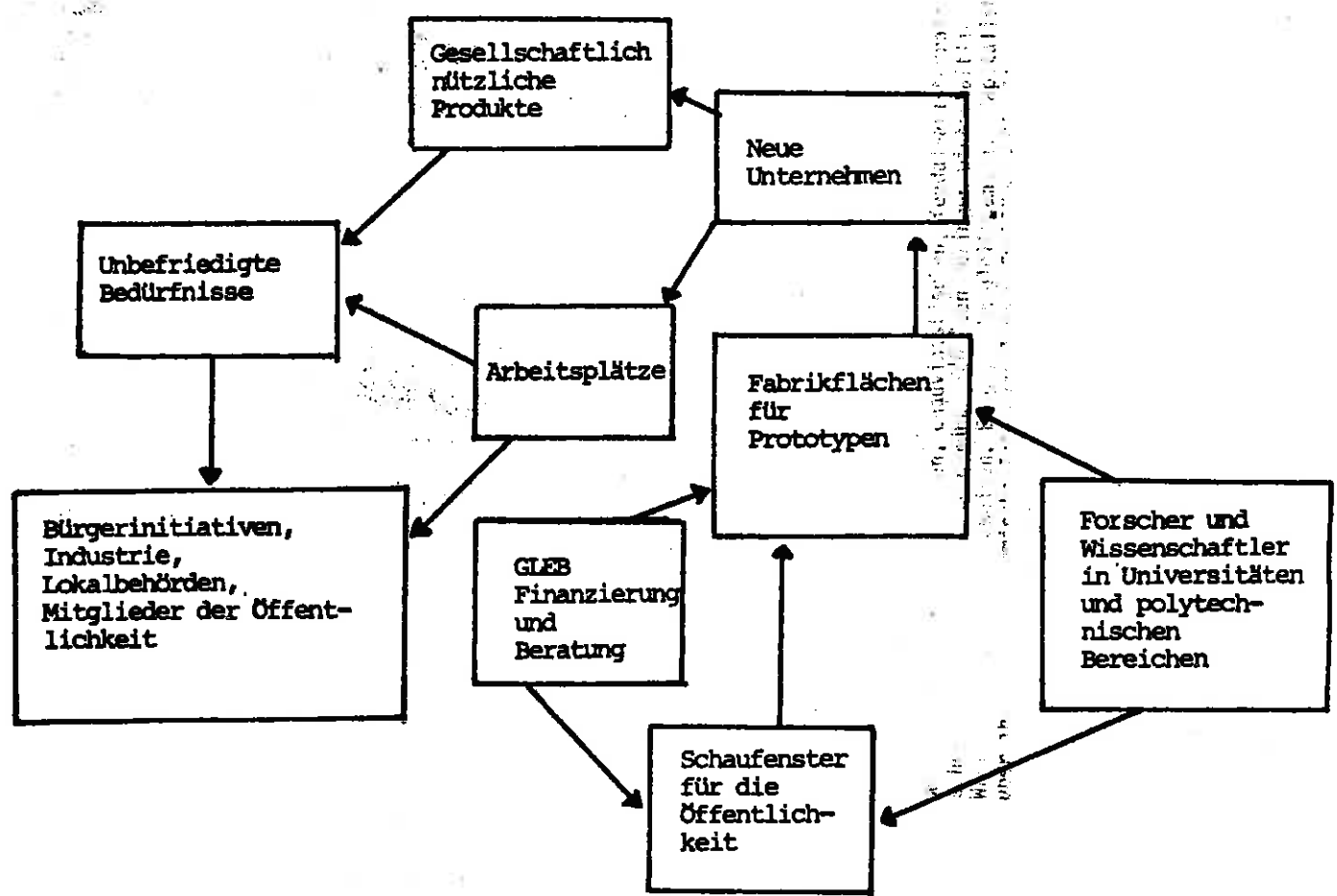
— eine kleine Kooperations-Abteilung, die Menschen aus der Region bei der Nutzung von Hochschul- und Univeritätskapazitäten für ihren Forschungs- und Entwicklungsbedarf unterstützt.

— eine „Produkt-Bank“ nach dem Vorbild einer irischen „Innovations-Bank“,

— eine „Produkt-Bank“ nach dem Vorschulbereich, von Ingenieuren und Arbeitern aus Betrieben und Kommunen und von außerhalb sammelt und so patentiert, daß sie von den arbeitenden Menschen genutzt werden können.

— eine „Maschinen-Bank“ mit gebrauchten Maschinen, die für Ausbildungsprogramme und von Kooperativen und anderen Gruppen genutzt werden können.

Die „Technologie-Netzwerke“ sollen Wissenschaftler- und Beschäftigten-Gruppen, aber auch Repräsentanten der Kommune und andere Freiwilligen-Gruppen einbeziehen, die ein Interesse an der Entwicklung einer sozial nützlichen Technologie haben.



Die Technologie-Netzwerke: Jeder Gemeinde ihr eigenes „Silicon Valley“.

Die Londoner Technologie-Netzwerke werden in einer Zeit aufgebaut, in der die Unternehmerförderung auch durch konservative Regierungen über die Vermittlung von günstigen Gewerbeflächen und die Gewährung von Subventionen und die Bereitstellung von Subventionen und Steuervergünstigungen bis hin zur Bereitstellung von ausgestatteten Gebäuden und von Wissenschaftstransfer reicht. Technologieparks und Gründerzentren sollen dazu beitragen, daß möglichst jede Gemeinde ihr eigenes „Silicon Valley“ hat. Abgesehen von den begrenzten Erfolgsaussichten und den hohen Kosten einer solchen Politik trägt sie zur unkontrollierten Umverteilung

von öffentlichen Mitteln in Unternehmerhände bei. In London besteht durchaus die Möglichkeit, daß die Technologie-Netzwerke zu einem Instrument der Kapitalförderung werden. Aber im Unterschied zu Technologie-Parks und Gründerzentren müssen sich Privatunternehmen, die die Hilfe der Netzwerke und der Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung in Anspruch nehmen, auf eine wirkliche Beteiligung der Beschäftigten einlassen und die erhaltenen Subventionen langfristig zurückzahlen; zum Teil sind auch Abgaben für die Nutzung von Patenten zu zahlen, die sich die öffentliche Hand gesichert hat. Außerdem gibt es eine besondere Priorität zugunsten der Förderung von Kooperativen, so daß auch in aufstrebenden neuen Betrieben demokratische Verhältnisse und gesellschaftliche Einflußmöglichkeiten gesichert sind.

**Energie-Netzwerk**

Das Energie-Netzwerk ist seit 1983 besonders zügig aufgebaut worden. Die Aufgabenschwerpunkte liegen auf den Gebieten der Beratung zur Energieeinsparung, der Entwicklung neuer Produkte, der Bereitstellung von Finanzierungsmöglichkeiten, der Unterstützung von Belegschafts-Kooperativen auf dem „Energemarkt“ und der Durchführung von Ausbildungsprogrammen.

Es gibt zwei Standorte in der Nähe von Hochschulen, bei deren Gründung die schon vorhandenen Gruppen des „Londoner Energiezentrums“ und der „Entwicklungsgruppe für mittlere und angepasste Technologien“ sowie das Energieeinspar- und Solarzentrum eine zentrale Rolle gespielt haben. Mieterinitiativen werden in ihrem Kampf für eine bessere Versorgung mit Heizwärme und geringere Energiekosten unterstützt.

Im Mittelpunkt der Arbeit des Netzwerkes steht aufgrund der schon vorhandenen Technologien die Förderung der Umsetzung von Energiespar-Konzepten, deren Realisierung oft an den finanziellen Rahmenbedingungen scheitert — mittelfristig noch so rentable Investitionen werden oft aufgrund von nicht vorhandenen Kenntnissen oder kurzfristig nicht verfügbaren Mitteln nicht getätigt. Das Energie-Netzwerk wird inzwischen von Parlamentsabgeordneten aller Parteien unterstützt.

Mitte 1984 wurde an insgesamt 17 Projekten gearbeitet; bis März 1984 konnten energiesparende Baumaterialien, die Neukonstruktion einer Wärmepumpe und die Entwicklung einer Kleinwindanlage realisiert werden, die demnächst produziert werden soll. Außerdem wurden zwei Demonstrationsprojekte in Angriff genommen; die Realisierung von Energiesparmaßnahmen in einem Altenheim hat zu einer Reduktion der Energiekosten um 46 Prozent geführt.

Die Arbeit des Netzwerkes soll durch die Einstellung von sechs Mitarbeitern intensiviert werden, die für folgende Aufgabenbereiche zuständig sind:

— Beratung der Industrie auf dem Gebiet der Energieeinsparung.

Die Beratung soll sich zunächst auf die Firmen der „Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung“ beziehen, aber auch anderen Unternehmen (gegen Gebühren) zugänglich sein. Für die Vielzahl der auf dem Energiesektor aktiven Firmen soll technische Unterstützung bereitgestellt werden.

— Finanzierungsberatung/Bereitstellung von Finanzen.

Vorgesehen ist z.B. die Gründung einer Finanzierungs-Agentur, die z.B. langfristige Kredite an Mieter so günstig vergibt, daß diese von den Energieeinsparungen sofort fühlbar profitieren.

— Produktentwicklung.

Eine geringe Zahl erfolgversprechender Produkte soll weiterentwickelt werden.

— Förderung von Kooperativen.

Die bisher sechs Kooperativen, die mit der Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung zusammenarbeiten und auf dem Energie-Einspar-Sektor aktiv sind, sollen gemeinsam mit der GLEB-Gruppe zur Unterstützung von Kooperativen z. B. auf den Gebieten Qualifizierung, Marketing und Vertragsgestaltung beraten werden.

— Energiespar-Zonen.

Einzelne Gebiete Londons sollen zu Energieeinsparzonen entwickelt werden, in denen alle Möglichkeiten zur Einsparung von Energie eingesetzt werden. Dazu muß eng mit lokalen Gruppen kooperiert und z. B. eine Ladenfront mit Ausstellungsflächen aufgebaut werden.

— Weiterbildungsmaßnahmen.

Es sollten Weiterbildungsmaßnahmen mit interessierten Bürgern, Architekten, Managern und öffentlich Bediensteten zur Aufklärung über Energieeinsparmöglichkeiten durchgeführt werden. Für private Haushalte wird ein Beratungsdienst aufgebaut.

Die Durchsetzung von Energieeinsparmaßnahmen hat neben Spareffekten eine erhebliche Bedeutung für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Da 80 Prozent der neuen Beschäftigung bei der Installation und nur 20 Prozent beim laufenden Betrieb neuer Versorgungssysteme anfallen, wird ein besonderer Wert auf die Initiierung von Investitionsprogrammen auf dem Gebiet der Energieeinsparung gelegt.

Das Energie-Netzwerk hat Einnahmen durch die Beratung von Firmen, die Weiterbildungsmaßnahmen, die Beratung von privaten Haushalten und die Produktentwicklungen und ist um die Einwerbung von Mitteln des Energie-Ministeriums und der EG bemüht.

Eine wesentliche Rahmenbedingung für den Erfolg des Technologie-Netzwerkes, für das Erreichen von hohen Energieeinspar- und Arbeitsplatzeffekten, ist eine veränderte dezentrale und nationale Energiepolitik.

**Den Menschen mehr Einfluß auf ihr eigenes Leben geben**

Die FR-Dokumentation hat in ihrer Ausgabe vom 16. Februar unter dem Titel „Der Menschen mehr Einfluß auf ihr eigenes Leben geben“ auszugsweise den Beitrag von Edgar Einemann und Edo Lübbing „Politische Alternative in London — Beispielhafte Ansätze einer mobilisierenden Regionalpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ veröffentlicht.

Die Beschreibung dieses Modellversuchs, den die Londoner Stadtregierung seit 1981 praktiziert, fand unter den FR-Lesern einen sehr hohen Anklang. Für all diejenigen, die sich die Studie von Einemann und Lübbing im Original besorgen möchten, deshalb hier noch einmal der genaue Titel und die Anlaufstelle:

Edgar Einemann, Edo Lübbing, Politische Alternativen in London — Beispielhafte Ansätze einer mobilisierenden Regionalpolitik, herausgegeben mit der Unterstützung der Hamburger Innovations- und Technologieberatungsstelle der IG Metall, als ein Beitrag der Reihe „Arbeitspapiere“ der Kooperation Universität / Arbeitskammer Bremen, Bremen 1984.

FR 21.2.85